Potsdams andere Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Oktober 2010 | Nr. 10 · 6. Jahrgang

Links diskutiert
3 | *OB-Wahlen abgeschlossen Leistungen des Wahlteams gewürdigt*

Potsdam-West/Ortsteile
6–8 | *„Westkurve"/Reinhold-Mohr-Ufer/ Tierheim/Gesundheitsgasse u.a.*

Fakten
9 | *Hartz IV bleibt Armut per Gesetz*

Jann Jakobs gewann die Stichwahl

Oberbürgermeisterwahlen in Potsdam beendet/Rathauskooperation organisierte Stimmen für Jakobs

Die Stichwahl hatten eigentlich die meisten Politikinteressierten voraus gesagt. Wie schon vor acht Jahren kam es zum direkten Wettbewerb um jede einzelne Stimme zwischen Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, DIE LINKE, und dem amtierenden Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD).

Auf der Wahlparty der LINKEN nach dem ersten Wahlgang konnte Hans-Jürgen Scharfenberg noch einen Stimmenzuwachs verzeichnen im Vergleich zur Wahl vor acht Jahren.



Und viele Gratulanten bzw. Unterstützer hatten sich eingefunden. Ute Hustig (Mitte) zum Beispiel, die das „Nuthetal" gerade mal eine Woche vorher für die LINKE gewann. Rot-rot läuft eigentlich gut im Land. Dafür stehen u. a. die Potsdamer Minister der LINKEN, Anita Tack und Dr. Volkmar Schöneburg.

Das vorläufige Endergebnis ist bekannt. Nach einem nicht immer netten Umgang untereinander im Kampf beim ersten Wahlgang vollzogen die Vertreter der so genannten Rathauskooperation den Schulterschluss und forderten ihre Wähler dazu auf, Jakobs die Stimme zu geben. Das brachte Jann Jakobs 11.422 Stimmen mehr ein als Hans-Jürgen Scharfenberg.

(Weiter siehe Seite 3)



Proteste gestartet in ganz Deutschland

Mit dem „Europäischen Aktionstag" am 29.September 2010 begann eine Reihe von Aktionen, die sich durch den gesamten Herbst ziehen. DIE LINKE ruft zu den Protesten von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen auf und bringt sich aktiv ein. Es wird zahlreiche Veranstaltungen, Demonstrationen und Aktionen gegen die sozialen Missstände und das Kürzungspaket in den Ländern und Kommunen geben. Am 30.September begannen die Proteste in Potsdam mit der Enthüllung eines Großplakates auf dem Platz der Einheit durch den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Bundestag, Gregor Gysi, gemeinsam mit Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg.

(Weiter zu Hartz IV auf Seite 9)

Nazis geben auf, aber wir machen weiter

Keine rechte Demo am 9. Oktober in Königs Wusterhausen/Antifa demonstriert/Das Tor bleibt zu!

Um 10 Uhr beginnt eine kurze Kundgebung in Bahnhofsnähe, dann zieht der Demonstrationszug zum Fontaneplatz, wo ein Fest unter Beteiligung von Parteien, Bündnissen, Organisationen und Sportverbänden stattfinden wird.

Infos unter: http://info-riot.de/ artikel/nazis-geben-auf-aber-wir-machen-weiter

„Wir wollen Krach schlagen"

Kommt am 10.Oktober nach Oldenburg, bringt Kochtöpfe und Kochlöffel mit!

Bundesweite Erwerbslosen-Demo gegen Hartz IV.
Wir wollen nicht jammern und nicht betteln. Wir wollen Krach schlagen – mit Töpfen und Kochlöffeln, Spaß und Selbstbewusstsein.
Wir wollen demonstrieren, dass Erwerbslose sich nicht beschimpfen und verhöhnen lassen.

Treffpunkt: Oldenburg, 13.00 Uhr, Hauptbahnhof, Südseite.

Auf ein Wort...



Vielen Dank!

Ich möchte mich auf diesem Wege recht herzlich bei den Potsdamerinnen und Potsdamern bedanken, die mir bei der Oberbürgermeisterwahl ihre Stimme gegeben, mit mir gefiebert und mich in verschiedener Weise unterstützt haben.

In vielen Gesprächen habe ich zur Kenntnis nehmen können, dass die bürgernahe und problemorientierte Arbeitsweise der Linksfraktion und mein Vorgehen Zustimmung finden und dass große Erwartungen in mich gesetzt werden.

Letztlich hat sich am 3. Oktober nach einem Wahlkampf „Alle gegen einen" jedoch eine deutliche Mehrheit dafür entschieden, dass Herr Jakobs für die nächsten acht Jahre Oberbürgermeister bleibt.

Ich versichere Ihnen, dass ich mich, auch als unterlegener Kandidat, an meine Wahlaussagen gebunden fühle und mit aller Kraft „ein Potsdam für alle" anstrebe. Es wird nicht leichter werden, aber ich lasse mich nicht unterkriegen.

DIE LINKE wird in Potsdam auch in Zukunft eine starke politische Kraft und ein zuverlässiger Ansprechpartner sein.

Mit herzlichen Grüßen,
Ihr Hans-Jürgen Scharfenberg

Die nächste Ausgabe von

Potsdams]andere[Seiten

erscheint am Dienstag, 2. 11. 2010

Integrationspreis der Landeshauptstadt Potsdam

Am 12. September 2010 fand in der Reithalle A des Hans – Otto-Theaters die Verleihung des Integrationspreises 2010 der Landeshauptstadt statt. Mit dessen Auslobung verfolgt die Stadt das Ziel, besondere Leistungen auf dem Gebiet der Integration zu würdigen. Wie auch in den vergangenen 6 Jahren hatten sich wieder zahlreiche Initiativen und Vereine mit Projekten, die der Integration dienen, beworben. Entsprechend dem Beschluss der Stadtverordneten werden von einer unabhängigen Jury 3 Preisträger ermittelt, für die ein Preisgeld von insgesamt 1000 Euro bereitgestellt wird. Die PRO POTSDAM stiftet alljährlich einen „Sonderpreis Nachbarschaft". Die festliche Veranstaltung moderierte in gewohnt charmanter Weise Tim Jaeger. Vor der Reithalle A wurden die Gäste von den Mitgliedern der Schule der Künste „InteGrazia" in bezaubernden Märchenkostümen begrüßt, und im Saal sorgte der Chor International Potsdam für eine gute Stimmung. Nach der Begrüßung durch den Oberbürgermeister sahen die Gäste einen Film, in dem jedes Projekt vorgestellt wurde.

Im Anschluss daran gab es für alle Bewerber Blumen sowie die Film–DVD. Dann kam der große Moment der Auszeichnungen:

1. **Preis:** „Nachbarn leben miteinander - 1. Schlaatzer Nachbarschaftskonferenz",
   eingereicht vom Verein Soziale Stadt e.V.
2. **Preis:** „LEBENSWEGE, HELDENTATEN von Kindern und Jugendlichen in der Zeit des Nationalsozialismus – Ein Lesebuch für Schülerinnen und Schüler"
   eingereicht von Herrn Davyd Rozenfeld
3. **Preis:** „Grün bewegt – Integration am Schlaatz"
   eingereicht vom Brandenburgischen Kulturbund e.V.

Den **Sonderpreis** der Pro Potsdam erhielt der Kleingartenverein „Freundschaft 2001" e.V. eingereicht durch den Verband der Garten- und Siedlerfreunde e. V., Potsdam.

Abschließend möchte ich mich auf diesem Wege bei allen Bewerbern für Ihr Engagement bedanken. Dank sage ich an dieser Stelle auch allen Beteiligten, den Mitgliedern der Arbeitsgruppe, die schon im Januar eines jeden Jahres die Veranstaltung vorbereitet, den Mitgliedern der Jury, denen die schwere Aufgabe zufällt, aus vielen guten und sehr guten Projekten die besten auswählen zu müssen und nicht zuletzt beim Hans – Otto – Theater, wo wir das gute Gefühl hatten, willkommen zu sein.

Liebe LeserInnen, ich hoffe, ich habe Sie neugierig gemacht. Ich würde mich freuen, Sie bei der Preisverleihung im kommenden Jahr begrüßen zu dürfen.

Birgit Müller
1. Stellvertreterin des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung

Zwölf Bewerber für den Integrationspreis 2010

Folgende zwölf Bewerbungen wurden in der Geschäftsstelle des Migrantenbeirates der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht:
1. „Lebenswege, Heldentaten von Kindern und Jugendlichen in der Zeit des Nationalsozialismus. Ein Lesebuch für Schülerinnen und Schüler", Einreicher: Herr Davyd Rozenfeld
2. „Istotschnik", Träger: Gesellschaft für Inklusion und Soziale Arbeit e.V.
3. „Christlich-jüdische Zusammenarbeit in Potsdam", Träger: Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Potsdam e.V.
4. „Going Public - Man müsste mehr voneinander wissen", Träger: Internationales Center für Deutsche und Immigranten e.V.
5. „Musik und Bewegung verbindet und hält fit", Träger: Internationales Center für Deutsche und Immigranten e.V.
6. „1. Vietnamesischer Unternehmertag", Träger: Thang Long - Arbeitsgemeinschaft vietnamesischer Unternehmen e.V.
7. „Grün bewegt - Integration am Schlaatz", Träger: Brandenburgischer Kulturbund e.V.
8. „Kleingartenverein `Freundschaft 2001`e.V.", Träger: Kleingartenverein `Freundschaft 2001`e.V.
9. „Tanzsport des Eisenbahner-Sportvereins Lokomotive Potsdam e.V.", Träger: Eisenbahner-Sportverein Lokomotive Potsdam e.V.
10. „´Potsdam bekennt Farbe´ - der Ball ist rund und bunt wie die Welt und die Menschen", Träger: Embassy-Cup e.V.
11. „Nachbarn leben miteinander. 1. Schlaatzer Nachbarschaftskonferenz", Träger: Verein Soziale Stadt e.V.
12. „Reine Männersache", Träger: Verein Soziale Stadt e.V. und das KIBuZ (Kultur,- Integrations- und Begegnungszentrum der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland)



IMPRESSUM
„Potsdams andere Seiten"
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Günther Waschkuhn,** Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.
REDAKTION: medien**punkt** potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk,** Redakteur; **H. Jo. Eggstein,** Layout; **Jens Hörnig,** Reisen, Service; **Gerlinde Krahnert,** freie Mitarbeit; **Renate Frenz,** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS" erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Halbzeit der Votierung zum Bürgerhaushalt 2011:

Steigende Teilnehmerzahl

Zur Halbzeit der Vorschlagsvotierung des aktuellen Bürgerhaushalts haben bereits mehr als 3000 Potsdamerinnen und Potsdamer für ihre Favoriten gestimmt. Mit diesem Zwischenergebnis lässt sich bereits jetzt - zur Mitte der Votierung - ein weiterer Anstieg der Teilnehmerzahl verzeichnen. Zum Vergleich: Im letzten Jahr beteiligten sich bis zum Ende der Abstimmung etwa 4000 interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Unter den aktuellen Favoriten der Potsdamerinnen und Potsdamer befinden sich der Wunsch zur Herstellung von Freizeitfußballplätzen am Babelsberger Park, die Forderung nach einem besseren Betreuungsschlüssel in Potsdamer Kindertagesstätten, der Appell einer langfristigen Lösung zum Weiterbetrieb des alternativen Kulturzentrums „Archiv" und die Anregung einer stärkeren Bürgerbeteiligung bei der Nahverkehrsplanung.

Weiterhin sind derzeitig auch erstmals Empfehlungen zu Einsparungen, wie die Einführung einer Touristenabgabe sowie die Erhöhung von Hundesteuern, unter den höchstplatzierten Ideen vertreten.

Die endgültigen Ergebnisse der Votierung stehen jedoch noch nicht fest.

Noch etwa zwei Wochen – bis zum 17. Oktober 2010 – besteht auf der Website des Rathauses unter www.potsdam.de/buergerhaushalt die Möglichkeit, über 37 Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger abzustimmen. Abstimmungsmaterialien sind im Bürgerservice und auch im Briefwahlbüro im Stadthaus erhältlich.

Alle Potsdamerinnen und Potsdamer sind dazu aufgefordert, sich aktiv zu beteiligen. Teilnahmeberechtigt sind Einwohnerinnen und Einwohner mit Haupt- oder Nebenwohnsitz in Potsdam, die mindestens 14 Jahre sind. Pro Person dürfen insgesamt maximal fünf Punkte vergeben werden. Anonyme Abstimmungen sind nicht zugelassen.

Ziel der Votierung ist es, eine repräsentative Auswahl der 20 wichtigsten Vorschläge des Bürgerhaushalts 2011 zu ermitteln.

Diese Empfehlungen der Bürgerschaft sollen dann als Ergebnis am 3. November 2010 der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung übergeben werden.

Mit LINKEN ist auch weiterhin zu rechnen

Es sei daran erinnert, dass wir Politik nicht für unsere Egos, sondern für die Menschen machen. DIE LINKE steht für „Ein Potsdam für Alle". Und das erreichen wir, wenn wir uns auf unsere politischen Aufgaben besinnen – auf die Wünsche und Sorgen der Menschen. Die Wahl ist beendet – nun geht die Arbeit los. Die nächste Wahl ist zwar erst in drei Jahren, falls es die schwarz-gelbe Bundesregierung solange mit sich aushält. Zeit zum Nachdenken und Analysieren – aber nicht so lange. Denn Selbstbeschäftigung ist kein taugliches Mittel in der Politik!



Zuerst sei allen gedankt, die auf den Straßen und Marktplätzen ihren Mann bzw. ihre Frau standen, um über linke Politik in der Stadt zu reden, aufzuklären sowie die Bürger von linken Inhalten zu überzeugen. Ich danke allen, die sich aktiv am Wahlkampf beteiligt haben – an den Ständen, bei Verteilaktionen, im Straßenwahlkampf und bei der Plakatierung. Dank auch an unseren Kandidaten Hans-Jürgen Scharfenberg für sein engagiertes und kompetentes Auftreten und seinen Einsatz bis an die Grenzen der Belastbarkeit. Dank auch an die Wähler, die dem OB-Kandidaten ihr Vertrauen schenkten. DIE LINKE Potsdam gratuliert natürlich auch dem neuen und alten Oberbürgermeister Jann Jakobs. Wir werden ihn und seine Arbeit in den nächsten acht Jahren konstruktiv begleiten und, so es nötig sein wird, ihn an seine Wahlversprechen erinnern.

Hier nun kurz die nackten Zahlen: Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg holte am 19.9.2010 19.164 Stimmen, das sind 33,1 Prozent. Am 3.10. waren es 20.768 Stimmen und er erreichte somit 39,2 Prozent. Es reichte nicht. Trotzdem: Es waren immerhin 1.604 Stimmen mehr als beim ersten Wahlgang. Jann Jakobs erreichte in der Hauptwahl 24.180 Stimmen, das sind 41,7 Prozent. Zwei Wochen später waren es 32.190 Stimmen und damit 60,8 Prozent. In Mehr-Stimmen: 10.992. Und woher kamen die?

Der Kandidat der „Rathaus-Kooperation" Jann Jakobs hat die Mehrheit weniger der „Strahlkraft" seiner Politik zu verdanken als vielmehr der Allianz derjenigen, die Hans-Jürgen Scharfenberg verhindern wollten. Der Wahlaufruf, den CDU, Grüne und FDP im Vorfeld der Stichwahl für Jakobs abgegeben hatten, hat für eine „Stimmenverlagerung" hin zu Jakobs gesorgt. Dieser „Verhinderungswahlkampf", der den großen Unterschied zu der OB-Wahl 2002 ausmacht, hat gewirkt. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass in vielen „Hochburgen" der LINKEN unterdurchschnittliche Wahlbeteiligungen zu verzeichnen sind.

In den Stadtteilen Babelsberg, in der Brandenburger Vorstadt, in der Innenstadt, in Bornstedt und in den neuen Ortsteilen holte Jakobs jene großen Stimmenmehrheiten, die letztlich seine Wiederwahl mit 11.422 Kreuzen Vorsprung möglich machten

Natürlich erfüllt dieses Ergebnis nicht unsere Erwartungen – es ist aber beileibe kein Grund, die Köpfe hängen zulassen. Es wird zum Beispiel interessant werden, die weitere Entwicklung des „Rathaus-Zweckbündnisses" zu verfolgen. Parteien, deren Vorstellungen in vielen Themenfeldern (Sozialpolitik, Wohnungsfrage, Jugendkultur usw.) auseinanderdriften, wie wollen diese eigentlich ein Potsdam für Alle gestalten?!

Das Leben wird nach vorn gelebt und nach rückwärts verstanden. Deshalb werden die sowohl in der schlechten Wahlbeteiligung als auch im Wahlergebnis enthaltenen Aussagen sachlich analysiert, um aus den an uns gerichteten Fragen zukunftsfähige Antworten zu finden. Wie z.B., warum es oft nicht gelingt, lokalen Bürgerprotest auch in Wahlverhalten für DIE LINKE zu verwandeln? Ist das inhaltliche Profil in Potsdam hinreichend bekannt oder muss es geschärft werden? Wie können „neue Zielgruppen" in Potsdam (Zuwanderer/Jugendliche) besser erreicht werden? Welche Bündnispartner gibt es für die strategischen Ziele und wie kann man zukünftig zusammenarbeiten? Natürlich muss auch über das personelle Tableau geredet werden. Aber einfache Antworten gibt es auch hier nicht. Ein erstes Fazit: Gemeinsam muss die LINKE an einem politischen und personellen Konzept arbeiten, welches die Jugend ein-, aber die Älteren nicht ausschließt. Denn gerade in Potsdam gibt es viele junge Linke, die ein anderes politisches Angebot brauchen. „Die Milieus entwickeln sich in Potsdam sehr dynamisch, da braucht auch die Linke ein zukunftsfähiges Angebot", so der Politologe Dr. Jochen Franzke.

DIE LINKE wird auch nach der OB-Wahl konstruktiv und beharrlich die Stadtpolitik begleiten und in gewohnter Art und Weise Impulse setzen. Versprochen! Die Bürger können uns die nächsten Jahre anhand unserer Wahlaussagen messen.

DIE LINKE bleibt auch weiterhin Ansprechpartner für soziale und bürgernahe Politik. Der Wettbewerb um politische Inhalte und deren Umsetzung hat begonnen.

Sascha Krämer

Gute Taten statt Plakate(n)

DIE LINKE hatte bekanntlich die anderen Parteien und OB-Kandidaten im Vorfeld des OB-Wahlkampfes dazu aufgerufen, sich z. B. mit der Wahlplakatierung an ein erträgliches Maß zu halten. Die anderen Kandidaten gingen nicht auf dieses Angebot ein. Außerdem nutzte DIE Potsdamer LINKE und ihr Kandidat Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg dieZeit für viele gute Taten. Hier eine Auswahl:

- Blutspende beim DRK
- Spendenübergabe in Höhe von 300 Euro an das Asylbewerberheim Potsdam
- Verlosung von Fußballtickets für das DFB-Pokalspiel Babelsberg 03 vs. Stuttgart
- Grillen für die Potsdamer Suppenküche
- Verteilung von 200 Äpfel im Zuge der Aktion „Gesundes Obst für einen guten Start ins Schuljahr" vor der Weidenhof-Grundschule am Schilfhof im Stadtteil Schlaatz
- Spendensammlung für eine Kühltruhe für die Potsdamer Tafel
- Übergabe der gepflückten Äpfel an die Kinder der Kita Kinderland am Schlaatz
- Übergabe der dringend benötigten Kühltruhe an die Ausgabestelle der Potsdamer Tafel in der Schopenhauerstraße.
- Übergabe von 20 Bällen an die Grundschule „Am Priesterweg"
- Spende von 250 Euro an den VVN-BdA Brandenburg



DANK AN DAS WAHLKAMPFTEAM
Trotz zwei harter Monate im Wahlkampf lachte das Wahlteam von Hans-Jürgen Scharfenberg in unsere Kamera. Unser besonderer Dank also an Evi Dahme, Ingo Korne, Andrea Gruwitz, Jana Schulze, Sascha Krämer (Chef des Teams), Detlef Janson und Moritz Kirchner (v.l.n.r.).

Stimmen und Meinungen

Ich schlage bei allen wichtigen Fragen regelmäßige öffentliche Umfragen im Internet vor. Die „Basta!"-Kultur muss ein Ende haben...Ich hätte gerne seine Fähigkeit immer als „Strahlemann" in die Kamera zu blicken. Verschont bleiben möchte ich von seiner Beratungsresistenz.
Barbara Richstein, CDU

***Marek Thutewohl,** noch am Wahlabend auf dem Restaurantschiff „John Barnett" wieder zum Vorstandsvorsitzenden der **Potsdamer Piratenpartei** gewählt, freute sich, besser abgeschnitten zu haben als Marcel Yon von der FDP. Eine Stichwahlempfehlung gab Thutewohl nicht: „Die Menschen können selber denken und sich für das geringere Übel entscheiden".*

„Ziel erreicht: Ich habe mehr Stimmen als der FDP-Kandidat und unser Ergebnis von 2002 um 100 Prozent verbessert. Vier Prozent der Potsdamer wollen ganz offenbar kostenlosen öffentlichen Nahverkehr, kostenloses Schulessen, bezahlbaren Wohnraum – die Verwaltung sollte sich Gedanken machen, wie sie diese Themen umsetzt."
Benjamin Bauer, Kandidat der Wählergruppe „Die Andere"

Das soziale Potsdam hat gewonnen...Die Gegner von Freiland haben alle verloren...Jakobs sollte jetzt endlich das Rückgrat haben und seinen Weg ohne diese unsägliche Rathauskooperation gehen.
Dirk Harder, „Freiland"-Betreiber

„Jedem, der nicht wählen geht, dem spreche ich das Recht ab, über die Politik in Potsdam zu meckern."
Peter Daniel, Vorsitzender des Vereins Berliner Vorstadt

Schade, dass so wenig Potsdamer gezeigt haben, dass sie einen Wechsel wollen.
Anita Tack, Stadtverordnete und Umweltministerin

„Offenbar haben Herrn Yon von der FDP nur seine Familienmitglieder und ein paar Freunde gewählt...Scharfenbergs Niederlage hat nicht am Kandidaten gelegen. Die unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung ist den LINKEN ins Kontor geschlagen; wir haben nicht ausreichend Wähler mobilisieren können. Ich hoffe, dass man nach dieser Wahl mit der SPD endlich über Inhalte reden kann.
Günther Waschkuhn, Kreisvorsitzender DIE LINKE

Versprechen und Wirklichkeit anno 1750

Oktober 1750

Am 07. Oktober 1750 erließ der Obrist Friedrich v. Retzow, Kommandant zu Potsdam, im Auftrage Friedrich II. den Aufruf zur Besiedlung der zu bauenden Webercolonie nahe Potsdam. Damit folgte er der Linie der Hohenzollern, dass das Land nur dann blühen kann, wenn es peupliert, also gut bevölkert ist. Das hatte schon der Kurfürst Friedrich Wilhelm mit den Hugenotten erfolgreich gehandhabt. Warum also nicht auch mit den verfolgten evangelischen Christen in Böhmen so verfahren? Entscheidend war, dass Menschen ins Preußische fanden!

Also wurde ihnen versprochen, „...dass sie nebst ihren Familien, sich reichlich und ehrlich ernehren können...“

Doch mit dem Einhalten von Versprechungen hielten es die Preußen nicht so genau. Das Elend der Weber – und da sind die aus Nowawes nicht auszunehmen – wurde im 18. Jahrhundert sprichwörtlich. Und auch die gleichfalls versprochenen 50 Taler bei Arbeitsaufnahme erhielten längst nicht alle Ankömmlinge. Die ersten fünf Familien kamen in den Genuss der ganzen Summe, die nächsten 44 Familien bekamen nur je 20, die folgenden 44 nur je 10 Taler und 12 Groschen und endlich die letzten 63 böhmischen Familien nur je 4 Taler.

Geschenke an den Ex-Kaiser

Oktober 1925

Im Donnerhall der Novemberrevolution hatte Wilhelm II. abgedankt und hatte sich nach Doorn abgesetzt. Doch auf das, was sein Geschlecht in Jahrhunderten zusammengerafft hatte, wollte er nicht verzichten. Am 12. Oktober 1925 legte das preußische Finanzministerium einen „Vertrag über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Preußischen Staat und den Mitgliedern des vormals regierenden Preußischen Königshauses“ vor. Dieser Vertrag fand jedoch keine Mehrheit. Am 23.November 1925 wurde im Reichstag ein Gesetz beschlossen, das sollte die Länder ermächtigen, in den Auseinandersetzungen mit den ehemaligen Fürstenhäusern Landesgesetze zur Regelung der Vermögensstreitigkeiten zu verabschieden. Am 25. November 1925, initiierte die KPD ebenfalls einen Gesetzentwurf. Dieser sah keinen Interessenausgleich zwischen den Ländern und den Fürstenhäusern vor, sondern eine entschädigungslose Enteignung. Die Ländereien sollten an Bauern und Pächter übergehen, Schlösser sollten zu Genesungsheimen umfunktioniert werden oder zur Linderung der Wohnungsnot dienen, das Barvermögen sollte schließlich Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen zukommen.

So kam es am 20. Juni 1926 in der Sache zur so genannten „Fürstenabfindung“ einen Volksentscheid, der jedoch nicht die erforderliche Mehrheit fand. Daher war es dem preußischen Landtag möglich, ein entsprechendes Gesetz am 26. Oktober 1926 zu beschliessen.



Demnach verblieben den Hohenzollern in Potsdam und Babelsberg: Schloss und Park Babelsberg, Villa Liegnitz, Villa Quandt, Villa Ingenheim, Villa Alexander, Kolonie Alexandrowka mit Kapellenberg, Matrosenstation am Jungfernsee, Neue Königstraße 20 (heute Berliner Straße), Kaiser-Wilhelm-Str. 29 (heute Hegelallee), Weinberg am Obelisk mit Marienstraße 25 (heute Gregor-Mendel-Straße), Allee nach Sanssouci 8, Schloss Lindstedt und in Bornim die Dorfstr. 36/37. Hinzu kam noch das Wohnrecht im Schloss Cecilienhof für die Ex-Kronprinzenfamilie. – Die Preußen sorgten schon sehr gut für ihren ehemaligen Herrscher.

Namenssuche

Oktober 1950

Der HO-Kreisbetrieb gedachte ganz in der Nähe des Bahnhofs Charlottenhof eine neue Gaststätte zu eröffnen. Doch wie sollte sie heißen? Die „Märkische Volksstimme“ forderte zum Mitsuchen auf und es beteiligten sich 257 Potsdamer. Am 21. Oktober 1950 erhielt die Gaststätte ihren Namen. Von den durchaus ernst gemeinten Vorschlägen – u.a. „Wonnewanne“, „Lecker-Schmecker-Stübchen“, „Stille Liebe“ und „Freudenbrücke“ – hatte sich „Charlottenhof“ durchgesetzt.

Nicht im Dunkel der Vergangenheit zurückbleiben

Oktober 1955

Am 12. Oktober 1955 rief ein „Initiativkomitee zur Gründung der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse Potsdam-Stadt“ auf, „...nicht hinter der im Licht fortschreitenden Gesellschaft im Dunkel der Vergangenheit zurückbleiben. Deshalb rufen wir alle Potsdamer Bürger auf, die durch die Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse gegebenen Möglichkeiten zur Bereicherung des Wissens voll auszunutzen, um so mit den Gesetzen der Natur und Gesellschaft vertraut zu werden.“ Der Aufruf fand offene Ohren, denn bereits am 27. Oktober 1955 fand die erste Veranstaltung der Potsdamer URANIA statt – und sie wurde ein Meisterstück! Unter dem Motto „100 Minuten das Aktuellste“ sprachen fünf namhafte Referenten zu aktuellen politischen und geistig-kulturellen sowie wissenschaftlich-technischen Problemen in sage und schreibe nur 100 Minuten! Da waren die Zuhörer des Staunens in mehrfacher Hinsicht voll.

-rt

Ein Franzose enthüllt das Schild für die Joliot-Curie-Straße

Oktober 1959

Es gab durchaus Zeiten bei der Babelsberger DEFA, in denen Weltoffenheit praktiziert wurde. So Ende der 50er Jahre – da drehte der am 02. August 1980 verstorbene französische Regisseur Louis Daquin in Babelsberg den Film « Trübe Wasser“, eine Balzac-Verfilmung. 1958 war der französische Physiker und Präsident des Weltfriedensrates Jean Frederic JoliotCurie verstorben. Ihm zu Ehren wurde am 29. Oktober 1959 die Französische Straße umbenannt. Und das neue Straßenschild enthüllte der Franzose Louis Daquin.

Potsdam und seine Partnerstädte

Kontakte: Ja gerne! – Stelen: Nein danke!?

Bürger, Potsdamer Hochschuleinrichtungen, Schulen, Künstler erfüllen die bestehenden Städtepartnerschaften mit Leben. Freundeskreise, Vereine, Gesellschaften organisieren Städtereisen, Studenten- und Schüleraustausche und Ausstellungen in die sieben Partnerstädte.

Hinweise auf die bestehenden Städtepartnerschaften sucht man im Stadtteil jedoch vergebens. Einzig die Wappen der Partnerstädte im Foyer des Rathauses weisen auf diese internationalen Kontakte hin.

Es gab schon verschiedene Anläufe, öffentlich auf die Partnerstädte hinzuweisen, etwa auf Ortseingangsschildern. Bisher ohne Erfolg!

Mit unserem Antrag sollte der Oberbürgermeister beauftragt werden, die materiellen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, um das Projekt „Stelen der Partnerstädte" auf dem Luisenplatz erfolgreich zum Abschluss zu bringen.

Am 1. September 2010 haben die Stadtverordneten erneut eine echte Chance vertan, diesen peinlichen Zustand endlich aufzuheben.

Obwohl der Kulturausschuss nach dreimaliger Beratung ein positives Votum zu einem Antrag DIE LINKE abgegeben hatte, wurde dieser von der Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung einschließlich dem Oberbürgermeister abgelehnt ohne jede Begründung.

Die Verwaltung informiert den Hauptausschuss jährlich in einem Sachstandsbericht über Aktivitäten zur Ausgestaltung der Städtepartnerschaftsbeziehungen. In dem Bericht für 2009 findet sich ein Abschnitt: „Darstellung der Partnerstädte Potsdams im öffentlichen Raum – Kooperation mit der Fachhochschule Potsdam". Dort erfährt man, dass ein Student der FHS im Februar 2009 einen Entwurf vorgestellt hat, dem die Idee zur Aufstellung von Partnerschafts-Stelen auf dem Luisenplatz zugrunde liegt. Den Wettbewerb dazu hatte die FHS Potsdam auf Anregung der Verwaltung 2007 (!!!) ausgeschrieben. Eine Jury, bestehend aus Vertretern der FHS, Mitgliedern des Beirates für Städtepartnerschaften, Vertretern der Potsdamer Städtepartnerschaftsvereine, Mitarbeitern verschiedener Bereiche der Stadtverwaltung und einem Vertreter der Fa. Wall AG, hatte sich für diesen Entwurf entschieden. „Die Beteiligten waren sich alle darin einig, dass die Installation der Stelen auf dem Luisenplatz ein Gewinn sowohl für den Platz als auch für die internationale Kommunikation sei" – so im Bericht nachzulesen.

Die wesentlichen Fragen waren geklärt bzw. sind in Prüfung. Die Architekten, die die Urheberrechte für die Gestaltung des Luisenplatzes besitzen, haben dem Stelen-Entwurf und seiner Umsetzung auf dem Luisenplatz zugestimmt. Die Denkmalpflege hat ihr okay gegeben. Mit der Fa. Wall AG wurde bereits über die Realisierung gesprochen. Sie prüft die Bedingungen und Kosten für die Produktion, den Aufbau und die Wartung der Stelen.

Was also hat die Stadtverordneten bewegt, sich gegen diesen Antrag zu stellen?

Jedenfalls wird Potsdam so seinem oft und viel gepriesenem Image als weltoffene Stadt ganz sicher nicht gerecht.

Sigrid Müller



Die Idee ist gut – doch warum erst jetzt?

In Zeiten des Wahlkampfes muss man inhaltlich punkten, Ideen haben und auch mal nach vorne preschen. Nach acht Jahren Amtszeit kommt der Oberbürgermeister zu der Erkenntnis, dass die Plattenbaugebiete in Potsdam Stadtteilräte brauchen. Was hinderte ihn eigentlich daran, dies nicht schon längst einzuführen?! Die dortigen Probleme sind bekannt – spätestens nach seiner Kandidatur zur letzten Kommunalwahl auch Herrn Jakobs. DIE LINKE hat sich immer für Bürgerbeteiligung und Interessenvertretungen der Neubaugebiete ausgesprochen und das zum wiederholten Male.

Doch seine (Neu-)erkenntnis – seine Idee – ist nicht seine allein und sie ist schon seit 15 Monaten Beschlusslage. Bereits am 1. April 2009 brachten die Fraktion CDU/ANW, SPD und DIE LINKE einen Antrag ein: „Die Stadtverordnetenversammlung gründet nach § 12 der Hauptsatzung die Stadtteilräte „Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld" und „Waldstadt/Schlaatz" als Beratungsgremien. Als Geschäftsgrundlage der Stadtteilräte wird Anlage 1 beschlossen." So geschehen am 6. Mai 2009. Seit dieser Zeit sind rund 15 Monate ungenutzt ins Land gezogen – ohne dass etwas geschah. Mit einer rechtzeitigen Arbeitsaufnahme hätten die Beiräte wichtige Vorhaben in den beiden Sozialräumen schon in 2009 begleiten können. So z.B. bei der Planung der „Gartenstadt Drewitz".

Es riecht also schon ein wenig nach Wahlkampf – diese plötzliche „Idee" des Herrn Jakobs. Wenn der Oberbürgermeister es ernst meint und weniger Wahlkalkül als echte Überzeugung für diese Stadteile dahinter steht, dann kann er sich der Unterstützung der LINKEN gewiss sein.

In ihrer Sitzung am 1. September stimmten die Stadtverordneten sowohl für die Geschäftsgrundlage als auch für die vorgeschlagene Zusammensetzung der beiden Gremien für die Gebiete Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld sowie Schlaatz/Waldstadt. Nach einer kurzen Diskussion wurde beschlossen, in den Stadtteilrat Schlaatz/Waldstadt zusätzlich einen Vertreter des Migrantenbeirates zu entsenden, da sich dort das Asylbewerberheim befindet.

Die Stadtteilräte sollen die Stadtverordneten bei wichtigen Fragen beraten. Dazu zählen unter anderem die bauliche Entwicklung sowie die Verwendung öffentlicher Gelder. Neben jeweils einem Vertreter der im Stadtparlament vertretenen Parteien und Gruppen werden Bürgerinitiativen, die Wohnungswirtschaft, der Arbeitskreis „Stadtspuren" sowie Mitglieder der verschiedenen Fachbereiche der Verwaltung dazu gehören – insgesamt mehr als 16 Personen. Das Geld für die Arbeit der Beiräte soll aus dem Programm „Soziale Stadt" entnommen werden. Wenn sie ihre Arbeit noch in diesem Jahr aufgenommen haben, sollen sich die Stadtteilräte selbst eine Geschäftsordnung geben sowie einen Sitzungsturnus festlegen.

Dr. H.-J. Scharfenberg

Eine Rampe für's Klinikum muss her!

Zu den vom Potsdam-Fernsehen veröffentlichten Informationen, dass am Eingang des zurzeit im Bau befindlichen neuen Eingangsbereiches keine Rampe für Menschen mit und ohne Behinderungen vorgesehen ist, erklärt die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Jana Schulze:

Eine Rampe für's Klinikum muss her! Ich fordere die für die Neugestaltung des Eingangsbereiches am Klinikum „Ernst von Bergmann" gGmbH Verantwortlichen auf, die derzeitigen Bauarbeiten zu stoppen und die Planungen zu ändern. Ich unterstütze die Forderungen des Potsdamer Behindertenverbandes und des Landesbehindertenverbandes Brandenburg nach einer sofortigenUmsetzung des Baus einer Rampe. Im Haupteingang, dem Aushängeschild, des Krankenhauses ist es für Rollstuhlfahrer und Menschen mit einem Kinderwagen schwer möglich, reinzukommen. Ja, es gibt einen kleinen Fahrstuhl – aber der ist einfach zu klein für alle die, die notwendigerweise in das Krankenhaus müssen. Deshalb fordere ich im Interesse aller Patienten und Besucher eine Rampe für´s Klinikum!

Jana Schulze
sozial- und gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

„Westkurve“ hofft auf Bürgerhaushalt

Als im Frühjahr 2010 die Bürgerinitiative „Westkurve“ auf ihrem Sportareal an der Hans-Sachs-Straße eine Demonstration mit Schülern der anliegenden Schulen startete, waren von der SVV-Fraktion DIE LINKE auch Fraktionsvorsitzender Hans-Jürgen Scharfenberg und Hella Drohla zugegen. Beide waren die einzigen Stadtverordneten, die der Einladung gefolgt waren und sich vor Ort von den Problemen der Anlage ein Bild machten („PaS“ Mai 2010/S.2 – siehe Fotos). Und sie versprachen, an der Sache dran zu bleiben.



DIE LINKE hielt Wort und brachte in die SVV-Tagung am 2.Juni einen diesbezüglichen Antrag ein. „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um den gemeinsamen Sportplatz der Gerhart-Hauptmann-Grundschule und der Käthe-Kollwitz-Oberschule zu sanieren und die dringend benötigten Sanitäreinrichtungen zu errichten“ – so der Antrag. Im darauf folgenden Beschluss hieß es schließlich, dass der OB beauftragt wird zu veranlassen, dass der gemeinsame Sportplatz in die Prioritätenliste der zu sanierenden Sportanlagen der Landeshauptstadt Potsdam aufgenommen wird“. So weit die Beschlusslage in der SVV.

Ende September zog nun die Bürgerinitiative „Westkurve“ ein positives Jahresresümee. Im April hatte noch Sebastian Köhler, Eltern-Vertreter an der Gerhart-Hauptmann-Schule, erklärt: „Bürger haben seit 2007 weitgehend in Eigeninitiative schon viel geleistet (z. B. Beachvolleyballfeld und Rutschenturm). Doch nun möge doch auch die Stadt Potsdam das Ihre tun, um diesen Platz endlich in einen würdigen Zustand zu bringen. Vor allem, was den Belag und Sanitäranlagen betrifft.“ „Auf der politischen Bühne hat sich 2010 viel bewegt“, sagte nun Ende September Daniel Zeller von der Bürgerinitiative: „Bei einem Treffen mit dem Kommunalen Immobilienservice und den Architekten haben wir erste Planungen besprochen.“

Wie sollte bzw. könnte es nun weiter gehen? „Wir wünschen uns Ballfangzäune hinter den Fußballtoren, so dass dann vielleicht noch ein Kleinfeld für Basketball entstehen könnte“, sagte Zeller. Gerade für den Schulsport dringend benötigte Sanitäranlagen könnten schon im nächsten Jahr endlich aufgebaut werden. „Die große Grundsanierung des Sportplatzes wird wahrscheinlich aber erst 2012 erfolgen“, so Zeller.

Dafür stehen verschiedene Varianten zur Diskussion. Wegen der geringeren Kosten zieht die Bürgerinitiative einen einfachen Tennenplatz einer Kunstrasenfläche vor. „Ein Rasenplatz wäre auch Quatsch, weil er dafür viel zu intensiv genutzt wird“, sagte Zeller. „Wir wollen den Charakter eines öffentlichen Bolzplatzes nicht verändern.“ Ab Mitte Oktober sollen der Bürgerinitiative Arbeitskräfte aus dem Programm „Arbeit für Brandenburg“ zur Verfügung stehen.

Die „Westkurve“ denkt noch weiter, war in der Tagespresse zu lesen. Ein Buddelkasten für die Kleinsten soll her, denn bisher besteht ab und zu noch ein „Interessenkonflikt“ zwischen denen, die mit der Schippe buddeln und jenen, die lieber Beachvolleyball spielen wollen. Auch eine einfache Lichtanlage ist laut Zeller angedacht: Bisher müssen die ins Leben gerufenen Sportgruppen wegen der kurzen Tage von Herbst bis Frühling zwangspausieren. Die „Westkurve“ setzt darauf, dass die Abstimmung zum Bürgerhaushalt 2011 ihren Forderungen Nachdruck verleiht.

Am 9. Oktober soll mit einem Fest der Abschluss der Saison begangen werden. Ein Fußballturnier wird ausgetragen; erstmals kann der neu installierte Grill probiert werden. Die Bewohner werden Kulinarisches anbieten. Zur Krönung spielt – fast schon traditionell - die Potsdamer Band „Hasenscheiße“.



Der Tierheimneubau – eine Endlosgeschichte?

Eigentlich sollte den Tierheimneubau eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Stadtverwaltung und Tierschutzverein Potsdam und Umgebung e. V. (TSV) vorbereiten. So jedenfalls sah es der Betreibervertrag von 2002 zum ehemaligen städtischen Tierheim in Wildpark West vor.

Von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe habe ich nichts gehört. Denn einseitige Forderungen der Stadt an den TSV zur Vorlage von Bau- und Finanzierungskonzepten können kaum als gemeinsames Herangehen an die Errichtung eines neuen Tierheimes bezeichnet werden.

So war dieser Weg zu einem neuen Tierheim von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Stadt verabschiedete sich 2007 vom TSV und initiierte einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, die Errichtung eines Tierheimes ggf. ohne TSV zu realisieren, schließlich europaweit auszuschreiben und dem TSV zu kündigen. Doch auch hier beließ es die Stadtverwaltung bei der Absichtserklärung. Nur dem TSV wurde gekündigt. Stattdessen informierte sie im März 2008 nun, nur die Leitung zur Fremdtierbetreuung, nicht aber einem Tierheimneubau europaweit ausschreiben zu wollen. Gegebenenfalls vorhandene Baulichkeiten könnten so genutzt werden. Hatte die Stadtverwaltung da schon Ideen und zu welchem Zweck?

Zum Erfolg wurde jedoch auch diese Ausschreibung nicht geführt. Sie wurde aufgehoben. Denn auf wundersame Weise ward mit einmal die Idee geboren, einem Tierheimbetrieb mit einem Therapieangebot für pflegebedürftige Menschen zu realisieren. Auf meine Nachfrage informierte der Oberbürgermeister im September 2008 wiederholt, dass hierzu die unterschiedlichsten Erfahrungen und Beispiele bekannt seien. Erstaunlich nur, dass im Ergebnis des durchgeführten Ausschreibungsverfahrens nur Vereine ihr Interesse bekundeten, die bislang solche Erfahrungen nicht hatten. Ich frage mich: Was sind die Gründe für das immer noch verfolgte „Kopplungsgeschäft“?

Im Übrigen scheiterte bekanntermaßen der erste zusammengebastelte Kopplungsversuch zwischen Tiertafel e. V. und Treberhilfe e. V. Letztere war wegen ihres nicht nur uneigennützigen Geschäftsgebarens in die Schlagzeilen geraten.

Auch der zweite „Kopplungsversuch“ – diesmal zwischen Tiertafel e.V. und der gerade erst gegründeten Gesellschaft für berufliche Bildung e.V. (GBB) – scheiterte. Der TSV klagte im August 2010 erfolgreich vor der Vergabekammer des Landes Brandenburg gegen diese Vergabeentscheidung. Das Ausschreibungsverfahren habe den TSV nach Ansicht der Kammer in seinen Rechten verletzt. Im Übrigen gibt es nach Recherchen einer Potsdamer Tageszeitung Indizien für Verbindungen zwischen Treberhilfe e.V. und der eben gegründeten GBB.

Die Geschichten um den Tierheimneubau können nur zu einer Schlussfolgerung führen: Die Stadt muss endlich den klaren Weg der Errichtung eines Tierheimes für die Fundtier- und Verwahrtierbetreuung und -vermittlung ohne die konstruierte Kopplung mit einem sozialtherapeutischen Projekt beschreiben. Für die Forderung sozialtherapeutischer Projekte bedarf es keines Tierheimbaues, wohl aber für – die im Übrigen pflichtige Aufgabe der Stadt – zur Fund- und Verwahrtierbetreuung und -vermittlung. Und die Stadt muss endlich auf den TSV als deren natürlichen Partner hierbei zugehen. *Brigitte Oldenburg*

Für „Reinhold-Mohr-Ufer“ am Luftschiffhafen

Verein „ArchitraV“ e.V. regt Straßenbenennung in Potsdam-West an/Kulturausschuss wird beraten

Der Potsdamer Verein „ArchitraV“ e.V. (Architektur-, Informations- und TranskriptionsVerein) hat sich in einem Schreiben an die Stadtverordnete und Vorsitzende des Kulturausschusses Dr. Karin Schröter (DIE LINKE) für die „Benennung des am Luftschiffhafen befindlichen bisher namenlosen Uferstreifens von der Villa Karlshagen bis zum Restaurant „Seekrug“ in Reinhold-Mohr-Ufer“ ausgesprochen.



In dem vom „ArchitraV“-Vorsitzenden Thomas Sander unterzeichneten Brief wird der Antrag wie folgt begründet: „Der aus Stuttgart stammende Architekt Reinhold Mohr (1882 - 1978), Schüler der Architekten Theodor Fischer, Paul Bonatz und Bernhard Pankok, war seit 1911 in Potsdam ansässig und arbeitete hier insgesamt 43 Jahre im Hochbauamt, zunächst in der Bauberatung, dann ab 1918 als Stadtarchitekt, und schließlich nach 1945 als Magistratsbaurat. Vom Umfang her hinterließ Mohr in Potsdam ein riesiges, teilweise noch heute stadtbildprägendes Werk.“ Dazu gehören eine Vielzahl von kommunalen Aufträgen wie der Ehrenhain für die Gefallenen des 1.Weltkrieges auf dem Neuen Friedhof, Bauten an der Vorderkappe, an der Drewitzer Straße („Am Eichenhain“) und der Erwerbslosen- und Selbsthilfesiedlung „Am Stadtrand“. Aber auch Bauten, die aus privaten Aufträgen herrühren wie Häuser und Inneneinrichtungen in der Leipziger Straße 14; Werderscher Damm 19; Dianastraße 9 und In der Aue 34, um nur einiges zu nennen.

Reinhold Mohrs größte städtebauliche und wohl auch architektonische Leistung stellt der von 1925 – 1927 zusammen mit dem damaligen Stadtgartendirektor Hans Kölle (1880-950) geschaffene Land- und Wassersportplatz Luftschiffhafen dar.

Mit dem Regattahaus, dem gegenüber liegenden Musikpavillon und dem Seekrug stehen allein drei Mohr-Bauten an diesem Ufer. Ein viertes Werk wäre mit der in der Nähe befindlichen Stadiontribüne gegeben. Rechnet man noch den 1935 erfolgten Umbau des Eingangstores vom Luftschiffhafen dazu, käme man sogar auf fünf nachweisbare Werke des Architekten in dieser Gegend.



Der Verein ArchitraV e.V. widmete 2009 dem Architekten Reinhold Mohr eine erste Ausstellung im Alten Rathaus und gab dazu eine entsprechende Broschüre heraus. Um aber zu verhindern, dass der Name dieses Mannes aus dem Gedächtnis der Stadt gelöscht wird, so wie es nach seinem aus Enttäuschung über die fatale städtebauliche Entwicklung und die zahllosen Abrisse historischer Bauten begründeten Weggang im Jahre 1966 geschah, sollte ihm und seinem Werk endlich die gebührende öffentliche Ehrung zuteil werden.



„Mit der Benennung des „Reinhold-Mohr-Ufers“ würden der Name dieses Architekten und sein der Stadt Potsdam gewidmetes Lebenswerk stärker als bisher im öffentlichen Bewusstsein verankert werden. Dies dürfte sich auch entsprechend positiv auf die Wahrnehmung und den Erhalt seiner noch verbliebenen Werke auswirken“, so der Verein „ArchitraV“.

Der Kulturausschuss wird diesen Antrag beraten.

Gedenkkultur in Potsdam

Während in Potsdam die Garnisonkirche mit viel Geld zu einem Begegnungsort wiederaufgebaut werden soll, der für viele fragwürdig ist, fallen anderswo die Überreste antifaschistischer Gedenkkultur in sich zusammen oder werden aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben ausgeblendet. Die Gesamtheit der Potsdamer Erinnerungskultur wurde in den letzten Jahren vernachlässigt. Das hat auch der Oberbürgermeister der Stadt Potsdam Jann Jakobs zu verantworten. Die Stadt hat sich lediglich einige mediale Rosinen „raus gepickt“. Es ist ein erhebliches Ungleichgewicht im offiziellen Umgang mit Stadtgeschichte erkennbar. Während die politischen Verantwortlichen die Stadtschloss-Fundamente liebevoll umsorgen und der Garnisonkirche innerstädtische Filetstücke kostenlos servieren, werden Zeugnisse antifaschistischen Erinnerns und der bürgerlichen Revolution vernachlässigt. Das muss sich unter dem neuem Oberbürgermeister ändern. Potsdam besteht neben Stauffenberg, Tresckow und den Hohenzollern u.a. auch aus Karl Liebknecht, Max Dortu und den antifaschistischen Kämpferinnen und Kämpfern im In- und Ausland.

„Gesundheitsgasse“ soll wieder geöffnet werden

Zur Tagung der Stadtverordnetenversammlung im Oktober reicht die Fraktion DIE LINKE u. a. einen Antrag in Sachen „Gesundheitsgasse“ ein. Hier soll der Oberbürgermeister beauftragt werden, „Kaufverhandlungen mit dem Eigentümer der Fläche des Kinos Charlott und der benachbarten ehemaligen Villa in der Zeppelinstraße vorzubereiten mit dem Ziel, die notwendige Teilfläche zwischen beiden Grundstücken durch die Stadt zu erwerben und den Fußweg „Gesundheitsgasse“ wieder zu öffnen. Der Weg ist dauerhaft als öffentlicher Fußweg zu widmen. Finanzielle Mittel für den Ankauf der Wegefläche sind in den Entwurf des Haushaltes 2011 einzustellen.“

DIE LINKE begründet ihren Antrag wie folgt: Die Gesundheitsgasse war über mehrere Jahre ein zweckmäßig genutzter Weg, der das Wohngebiet der Brandenburger Vorstadt direkt mit dem Bahnhof Charlottenhof und dem Zugang zur Havel über das Gebiet Schillerplatz verbunden hat. Der Weg war kurz und frei von Beeinträchtigungen durch Fahrzeugverkehr und daher eine attraktive Fußwegverbindung durch das Quartier am Ärztehaus. Dieser Weg soll im Interesse der Stärkung des Fußgängerverkehrs und der attraktiveren Erreichbarkeit des ÖPNV schnellstmöglich wieder geöffnet werden. Weil die bisherigen Bemühungen der Verwaltung um eine Öffnung scheiterten, soll jetzt der Ankauf der wenigen Quadratmeter (ca. 30m) vorbereitet werden, um dem berechtigten Interesse der Allgemeinheit besser zu entsprechen. Der Vorteil für die Allgemeinheit ist so groß, dass diese geringfügige Investition gerechtfertigt ist, um den baulich vorhandenen Weg wieder nutzbar zu machen, der im übrigen einer späteren Nutzung der beiden zur Zeit brach liegenden Grundstücke nicht entgegensteht.



Es wächst und wächst

Wann ertönt der erste „Pfiff“ in der Sportmehrzweckhalle am Luftschiffhafen?/Von Rolf Kutzmutz

Es ist schon wahr – wenn der Grundstein einmal gelegt ist, geht der Bau zügig und sichtbar voran. Wer also teilhaben will an diesem Fortschritt sollte seinen Spaziergang mal in die Nähe des Luftschiffhafens lenken. Unmittelbar da, wo früher ein großer Parkplatz war, ganz in der Nähe der Ballspielhalle also, wächst von Tag zu Tag die Sportmehrzweckhalle (was für ein Wortungetüm) in die Höhe.

Bei der Grundsteinlegung wurden große Erwartungen mit diesem Bau verbunden. Mancher Sportler legte in die „Grundsteinkiste“ zwar nicht sein letztes Hemd - wohl aber Sportutensilien, wie ein Trikot oder eine Fechtmaske oder einen Judoanzug. In der Hoffnung, dass der Bau schnell fertig gestellt und sich damit die Bedingungen für Sportler und auch für die Schülerinnen und Schüler der Sportschule deutlich verbessern werden.

Das wird so sein. Mancher - wie der Minister für Bildung, Jugend und Sport - stellte für die Bauarbeiter so etwas wie einen „Gegenplan“ auf und wollte die Fertigstellung um ein, zwei Monate verkürzt sehen, damit die neue Handballsaison im Jahre 2011 schon dort eröffnet werden kann.

Es wird noch einige Zeit ins Land gehen, bevor der erste Sportler das Areal betreten kann, der erste Pfiff eines Schiedsrichters ertönt – und doch: Vorfreude ist eine schöne Freude.

Wird die von allen geteilt? Nein, denn wie (fast) immer ist die Decke - die finanzielle - zu kurz. Wohl wird am Masterplan für den Bereich des Luftschiffhafens gearbeitet, aber im selben Atemzuge wird mancher Unsinn erzählt.

Den Turnern, die bei der Grundsteinlegung darauf aufmerksam machten, dass die unmittelbar in der Nähe befindliche Sporthalle weder eine Teilsanierung und schon gar nicht mit einem Ersatzbau rechnen kann – wurde, um den guten Eindruck nicht zu trüben, zwar gesagt, sie seien nicht vergessen. Doch konkrete Taten werden in absehbarer Zeit kaum folgen. Und dann wird vom Geschäftsführer der Luftschiffhafen GmbH noch Öl ins Feuer gegossen und sogar vom ersatzlosen Abriss der Geräteturnhalle gesprochen. Im Gegensatz übrigens zum Oberbürgermeister, der genau dies wiederholt ausgeschlossen hat.

Es besteht also Gesprächsbedarf – dringend, weil es um eine Halle geht, die sowohl von der Stadt als auch von der Universität Potsdam genutzt wird. Nach dem Abriss im Park Babelsberg würde eine weitere Halle verschwinden. Das kann sich die Sportstadt Potsdam nicht leisten ohne dauerhaft Schaden zu nehmen und sei es nur an Glaubwürdigkeit.

Was ja schon schlimm genug ist.

Darum geht es – das sollte allen beteiligten Verantwortlichen klar sein. Nicht nur ich habe die beschwichtigenden Worte gegenüber denen, die auf dieses Problem bei der Grundsteinlegung aufmerksam machten, im Ohr.

Es kann also nicht bei den wohltönenden Worten bleiben. Am 28. Oktober wird es ein Treffen vor Ort geben. Natürlich ist noch nicht abzusehen, wie eine Lösung erfolgen kann. Gemeinsam mit Hans-Jürgen Scharfenberg werde ich aber im Beirat Luftschiffhafen darauf dringen, dass dieses Thema nicht einfach unter den Teppich gekehrt wird.

Potsdam ist stolz auf seine große Sportfamilie – und Familie soll es auch bleiben. Da gibt es zwar ab und an auch Probleme – die werden aber gemeinsam gelöst und so soll und muss es auch hier sein. Bei mir würde keine Freude über die neue Sporthalle aufkommen, wenn es nicht gelingen sollte – wie bei der Sanierung der Leichtathletik- oder der Schwimmhalle – eine Lösung zu finden – zumal dies nicht das einzige zu lösende Problem in diesem Areal ist.

Hartz IV Regelsatz: Gerade einmal 5 Euro mehr

Die Bundesregierung plant einen 5 Euro höheren Hartz-IV-Regelsatz. Dafür werden zahlreiche Ausgaben wie das Elterngeld, das Schulstarterpaket und bislang gültige Berechnungsgrundlagen gestrichen. Faktisch wird der Arbeitslosengeld-II-Regelsatz ausgerechnet für Familien gekürzt.



Gerade einmal um fünf Euro soll der Hartz IV Regelsatz ansteigen. Konkret, hat die Arbeitsministerin von der Leyen eine Anhebung der Arbeitslosengeld II Regelsätze für einen Alleinstehenden um fünf Euro vorgeschlagen. Damit steigt der Regelsatz von 359 auf 364 Euro. Die Regelsätze der Kinder und Jugendlichen sollen weiterhin anteilig berechnet werden.

Parteien der Opposition haben nun angekündigt, die Pläne der Bundesregierung zu durchkreuzen. Der Vorsitzende der Linkspartei, Klaus Ernst, mahnte SPD und Grüne zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Reform. «Die Glaubwürdigkeit von SPD und Grünen misst sich jetzt daran, ob es zu einem gemeinsamen Vorgehen der Oppositionsparteien gegen die Hartz-IV-Pläne kommt.» Der Regelsatz müsse sofort auf deutlich mehr als 400 Euro und dann weiter in Richtung 500 Euro angehoben werden. «SPD und Grüne wären gut beraten, jetzt in der Hartz-Frage nicht einzuknicken», sagte Ernst. Schwarz-Gelb werde alles daran setzen, einzelne Länder aus dem Nein-Lager im Bundesrat herauszubrechen.

„Es wird gekungelt, es wird gemauschelt, es wird getrickst, um die Hartz-IV-Sätze künstlich nach unten zu rechnen", kritisierte die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles. Allerdings hatte die SPD unter Regierung Schröder Hartz IV mit den vorliegenden Sätzen eingeführt.



Heftig kritisiert wird die minimale Anhebung vor allem von Erwerbslosen-Initiativen. So sagte Brigitte Vallenthin von der Hartz-4-Plattform in Wiesbaden: Die „Respektlosigkeit und Demütigung gegenüber den Betroffenen durch Ministerin von der Leyen hätten größer nicht sein können. Wir sind gespannt, wie Ursula von der Leyen dies mit ihrem angeblich christlichen Gewissen vereinbaren und es begründen kann". Vallenthin kündigte bereits eine Verfassungsklage gegen den SGB II Gesetzesentwurf an, falls dieser tatsächlich umgesetzt werden sollte.

Martin Behrsing vom Erwerbslosen Forum zeigte sich ebenso empört. So sagte Behrsing: „Es ist ein schlechter Scherz?! Arbeitsministerin Ursula von der Leyen hat ... der Koalition von Union und FDP vorgeschlagen, den derzeitigen Hartz IV-Eckregelsatz von 359 Euro auf 364 Euro anzuheben. Fast zeitgleich schreibt die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS), dass etwa 200 Banker aus Kreditinstituten mit Staatshilfe wieder auf ein Jahreseinkommen von mehr als 500.000 Euro kämen. Deutlicher kann uns Schwarz-Gelb nicht klar machen, dass Menschen mit Hartz IV-Leistungen der Koalition nichts wert sind, während die Büttelpolitik für die Akteure und Profiteure der Finanz- und Wirtschaftskrise immer schamloser fortgesetzt wird."

Während gerade einmal im Schnitt fünf Euro mehr im Monat zugebilligt werden, werden stattdessen zahlreiche Sozialausgaben für Familien gestrichen. So soll das für Familien wichtige sog. Schulstarterpaket von 100 Euro im Jahr wieder gestrichen werden, Weiterhin wird das Elterngeld für Bezieher von Hartz IV Leistungen mit einem Bundesjahres-Etat von 650 Millionen Euro ebenfalls ersatzlos gestrichen werden. Dafür werden 480 Millionen Euro mehr für die Bildung der Kinder vorgegaukelt. Faktisch wird Hartz IV aber um 170 Millionen Euro gekürzt. Hinzu kommen die angekündigten Streichungen bei Alkohol- und Tabakwaren in Höhe von 19,10 Euro. Das bedeutet für erwachsene Hartz IV-Bezieher eine Streichung von 14,10 Euro, wenn die angekündigten 5 Euro Erhöhung mit eingerechnet werden. Die Begründungen für diese Kürzung sind eine furchtbare Doppelmoral mit sozial-rassistischen Tendenzen.

Soziale Initiativen, Gewerkschaften und Erwerbslosen-Gruppen planen nun bundesweite Aktionen. So sagte der Sprecher des Erwerbslosen Forum: „Die Bundestagsabgeordneten von Schwarz-Gelb sollen sich darauf einstellen, dass wir sie nicht mehr Ruhe lassen und sie permanent damit konfrontieren, dass allein für eine ausgewogene und gesunde Ernährung mindestens 80 Euro im Monat fehlen" Eine bundesweite Demonstration ist für den 10. Oktober in Oldenburg geplant. Das Motto: „Krach schlagen statt Kohldampf schieben. Mindestens 80 Euro mehr für Lebensmittel sofort".

DGB-Chef Sommer drohte: «Wer soziale Kälte predigt, wird heiße Antworten bekommen.» Der von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) angekündigte Herbst der Entscheidungen werde mehr und mehr zum Herbst der falschen Entscheidungen. Hartz IV müsse ein Leben in Menschenwürde ermöglichen. «Wir hätten eine breite gesellschaftliche Debatte darüber dringend nötig gehabt, was für ein menschenwürdiges Leben notwendig ist. Dazu gehört mehr Sachverstand als nur das Zahlenwerk des Statistischen Bundesamts», sagte Sommer. Auch seien die bisherigen Aufstocker bei der Berechnung der neuen Regelsätze mit berücksichtigt worden. Das habe zu einem niedrigen Ergebnis geführt. «Das war eine politische Setzung, nicht die Umsetzung der Vorhaben des Verfassungsgerichts», sagte Sommer.

Das Bundesverfassungsgericht hatte im Februar diesen Jahres ein transparentes und nachvollziehbares Verfahren bei der Bemessung der Hartz-IV-Regelsätze vom Gesetzgeber gefordert. Schon die rot-grüne Bundesregierung hatte im Jahr 2005 den Regelsatz nach Haushaltslage beschieden. Nun hat offensichtlich die schwarz-gelbe Bundesregierung denselben verfassungswidrigen Fehler begangen. Es wird erwartet, dass eine erneute Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erfolgt.

Fakten und Zahlen

Warenkorb für Bezieher von Hartz IV (ALG II)

Lebensmittel, alkoholfreie Getränke 128,46 Euro
Freizeit, Kino etc. 39,96 Euro
Telefon/Internet 31,96 Euro
Bekleidung 30,40 Euro
Energie 30,24 Euro
Haushaltsgeräte 27,41 Euro
Sonstiges, z.B. Friseur 26,50 Euro
Verkehr 22,78 Euro
Gesundheitspflege 15,55 Euro
Gaststätte 7,16 Euro
Bildung 1,39 Euro
Teuerungsrate 2,19 Euro
Summe: 364,00 Euro
(Quelle: BMAS)

„Bezogen auf 1.000 Einwohner haben zum Ende des letzten Jahres (2009 – d. R.) in Potsdam 104 Einwohner Leistungen nach SGB II (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) erhalten."
„Der Arbeitslosenanteil Jugendlicher unter 25 Jahre betrug 2008 in Potsdam 10 %. Das ist der fünfthöchste Wert aller Hauptstädte."
(Quelle: Statistischer Informationsdienst Landeshauptstadt Potsdam Nr. 5/2009)

153.846 Einwohner (30.06.2010)
davon: 6.672 Arbeitslose = 8,1 %

Leistungsempfänger:
ALG I - 1.882
Bedarfsgemeinschaften – 9.321
ALG II – 11.714 (darunter 1.881 unter 25 J., 1.507 Alleinerziehende, 2.786 ab 50 J.)
Sozialgeld – 3.769 (darunter 3.654 unter 15 J.)

durchschnittlich je 119,80 € für 3.145 Wohngeldempfänger
Quelle: Quartal im Blick – Potsdam in Zahlen II/2010

„Köpfe gegen Kopfpauschale“

Die Bundesregierung liefert die Bürgerinnen und Bürger jede Woche an eine andere Lobbygruppe aus. Erst setzt sie die Sicherheit der Menschen mit der Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke aufs Spiel, jetzt will sie die Patientinnen und Patienten der Pharmalobby ausliefern.

DIE LINKE fordert eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung. Wir wollen eine dauerhaft stabile Finanzierung des Gesundheitssystems durch Einbeziehung aller Einkommensarten sichern. Solidarität heißt für uns, dass die, die mehr verdienen, auch mehr in das Gesundheitssystem zahlen. Wir fordern die Abschaffung der Praxisgebühr und anderer Zuzahlungen.

Die Versicherten sollen nach den Plänen von Kopfpauschalen-Minister Rösler dreimal zahlen: ein erstes Mal mit der als Zusatzbeitrag getarnten Kopfpauschale, ein zweites Mal mit der Beitragserhöhung und ab 2015 ein drittes Mal mit Steuern für den Sozialausgleich. Die Gesundheit der Menschen darf nicht dem Profitstreben einiger weniger Pharmakonzerne geopfert werden.

DIE LINKE sieht in der Kampagne „Köpfe gegen Kopfpauschale“ eine Möglichkeit für ein sehr breites gesellschaftliches Bündnis.

Dr. Gesine Lötzsch, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, auf DGB-Pressekonferenz

Verbraucher- und Patientenrechte werden weiter gestärkt

Die Stärkung der Verbraucherrechte war das zentrale Thema der 6. Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK), die am 17. September in Potsdam stattfand. Einer der herausragenden Diskussionspunkte war das Thema Transparenz der Lebensmittelüberwachung. Der Bund und alle Bundesländer waren sich einig in dem Ziel, eine hohe Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Nur so können diese eigenständig Entscheidungen treffen, in welchen Gaststätten sie essen und in welchen Lebensmittelgeschäften sie einkaufen. Nachdem schon einige Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen, Berlin, Niedersachsen, Sachsen und das Saarland eigene Initiativen ergriffen haben, wird nunmehr ein bundesweites, gesetzlich verankertes System zur Veröffentlichung der Kontrollergebnisse angestrebt.

„Wir wollen die Erfahrungen aus Dänemark nutzen, wo ein Smiley-System seit mehreren Jahren sehr erfolgreich umgesetzt wird. Durch die Schaffung einer rechtlichen Grundlage, die Bundesministerin Ilse Aigner zugesagt hat, wird neben der Rechtssicherheit auch die Vergleichbarkeit der Unternehmensbewertung sichergestellt“, so Brandenburgs Verbraucherschutzministerin Anita Tack (Linke), gleichzeitig Vorsitzende der VSMK. Die Länderministerinnen und -minister beauftragten eine Arbeitsgruppe, zügig die inhaltliche Ausgestaltung einer solchen Veröffentlichung zu erarbeiten. Dabei soll der Aufwand sowohl für Behörden als auch für die Unternehmen so gering wie möglich gehalten werden. Nachdem es im vergangenen Jahr noch erheblich Probleme mit der Kennzeichnung länger haltbarer Milch im Gegensatz zu Frischmilch gegeben hatte, konnten die Ministerinnen und Minister nunmehr erfreut feststellen, dass die Selbstverpflichtung der Konsummilchhersteller vom Februar 2009 inzwischen nahezu flächendeckend umgesetzt wurde. Damit wird den Käuferinnen und Käufern eine verlässliche Orientierung für eine bewusste Kaufentscheidung gegeben.

Ein weiteres wichtiges Thema der VSMK war die Stärkung der Patientenrechte. In diesem Zusammenhang begrüßten die Teilnehmer der VSMK die Bestrebungen der Bundesregierung, die Patientenrechte in einem Patientenschutzgesetz zu bündeln. Bremen als VSMK-Vorsitzland 2011 wird dieses Thema als einen zentralen Punkt im Rahmen einer EU-Veranstaltung der VSMK auch mit der EU-Kommission diskutieren.

In diesem Zusammenhang begrüßte die VSMK ebenfalls, dass der Bund mit einer Änderung des SGB V, die bisher als Modellprojekt durchgeführte unabhängige Patientenberatung, an der auch die Verbraucherzentralen beteiligt sind, gesetzlich festschreiben und damit eine dauerhafte Finanzierung sichern will.

„Die Weiterfinanzierung der unabhängigen Patientenberatung ist ein wichtiger Schritt. Ich halte allerdings eine Ausweitung des Beratungsangebotes und die damit verbundene Erhöhung der Finanzmittel für dringend erforderlich“, so Tack.

Verbessert werden soll der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher auch auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen. Bereits im Sommer dieses Jahres hatte die VSMK den Bericht einer eigens dafür eingesetzten Projektgruppe über erforderliche gesetzgeberische Maßnahmen zur Verbesserung des Anlegerschutzes verabschiedet und veröffentlicht. Die bisher erfolgten Regulierungen sowie die dazu vorhandenen Konzepte der Bundesregierung reichen nach Ansicht der Länderminister nicht aus. Insbesondere ist die Information der Verbraucherinnen und Verbraucher über die Chancen und Risiken der Geldanlagen zu verbessern und den Anlegern vor einem Vertragsabschluss in verständlicher Form auszuhändigen. Ein weiteres zentrales Thema ist die Weiterentwicklung der Finanzaufsicht hinsichtlich verbraucherschutzrelevanter Fragestellungen. Auch bei der verständlichen und nachprüfbaren Ausfertigung der Beratungsprotokolle bei Geldanlagen sowie der Qualifikation von Anlagenvermittlern sieht die VSMK erheblichen Handlungsbedarf.

Die VSMK beanstandete, dass weiterhin erhebliche Diskrepanzen zwischen Soll- und Habenzinsen bestehen, vor allem bei Dispositionskrediten. „Eine gesetzliche Regelung zur Orientierung der Dispo-Zinsen am Leitzins der Zentralbank wird aber leider nicht von allen Ländern befürwortet“, sagt Tack.

Bei unerwünschtem Werbeanruf auflegen!



„Herzlichen Glückwunsch, Sie haben 5000 Euro gewonnen – wohin können wir sie überweisen ?“ oder „Wir vom ‚Verbraucherschutz Potsdam’ schützen Sie vor lästigen Werbeanrufen und tragen Sie in eine Sperrliste ein!“ - so oder ähnlich beginnen oftmals unzulässige Werbeanrufe, die laut einer Umfrage der Verbraucherzentrale Brandenburg in den vergangenen Monaten auf Platz 1 der Verbraucherprobleme lagen. Denn sie sind nicht nur rechtswidrig und lästig, sondern fast immer werden Verträge untergeschoben oder persönliche Daten abgeschwatzt. Hierzulande trifft es überwiegend Senioren, von deren Konten Lottounternehmen dann nicht selten Monat für Monat dreistellige Beträge abbuchen.

Zwar verabschiedete der Bundestag vor einem Jahr gesetzliche Vorschriften zur Bekämpfung unerlaubter Telefonwerbung, aber systematische Rechtsverletzer zocken unbeeindruckt weiter ab und sind oft kaum zu greifen. Deshalb begrüßt die Verbraucherzentrale, dass sich kürzlich die Verbraucherschutzministerkonferenz unter dem Vorsitz der Ministerin Anita Tack für die so genannte „Bestätigungslösung“ aussprach. Praktisch heißt das: Die Fachminister der Länder setzen sich für eine Gesetzesverschärfung ein, nach der ein telefonisch aufgedrängter Vertrag erst wirksam wird, wenn der betroffene Verbraucher ihn schriftlich bestätigt hat. Der beste Schutz bleibt laut Verbraucherzentrale aber, bei unerwünschten Werbeanrufen einfach aufzulegen.

-vzb/Foto: pixelio

Potsdam braucht keinen völkischen Nachhilfeunterricht

Endlich spricht es einer aus, endlich traut sich einer, die Wahrheit zusagen. Gemeint ist Dr. Thilo Sarrazin, der in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ die sehr wohl bekannten Probleme der fehlenden Integration thematisiert. Darüber gibt es bereits eine Menge an soliden Studien und sachlichen Kritiken. Jedoch bedarf es hierzulande, um in die Medien und damit in die Öffentlichkeit zu kommen, der Vereinfachung und noch mehr der Provokation.

Dr. Sarrazins Buch ist im Kern zutiefst biologistisch, ja rassistisch. Er beruft sich auf vermeintliche Wissenschaftler, die an der Wiege einer „vulgärdarwinistischen Sozialtheorie“, standen, ohne aber Ross und Reiter beim Namen zu nennen. Er verschweigt dem Leser die Quellen. Es ist einfach unseriös und unredlich, wie Dr. Sarrazin mit den Quellen umgeht. Er blendet sie mit einer nicht nachzuvollziehenden Unbefangenheit aus, als hätte es die schlimmen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts mit diesen „völkischen Wissenschaften“ nicht gegeben. Frank Schirrmacher weist mit Recht in der FAZ vom 1.9.2010 darauf hin. Dieses Denken der völkischen Rassentheorie, dessen sich Dr. Sarrazin bedient, gehörte letztlich auch zum geistigen Rüstzeug der Nationalsozialisten und ihrer verbrecherischen Praxis. Dr. Sarrazin spricht von Entartung, von Nützlichkeit für die Gesellschaft (muslimische Migranten hätten keinen ökonomischen Nutzen für Deutschland) und von Selektion.

Nun wird bei Protesten gegen Sarrazin und seine professionelle Vermarktung von Einigen das Recht auf freie Meinungsäußerung in die Debatte gebracht. Es würde verletzt, wenn Herr Dr. Sarrazin nicht immer und überall seine verquasten Thesen vorstellen könne. Mitnichten ist dem so! Herr Dr. Sarrazin genießt zurzeit die Meinungsfreiheit hierzulande in vollen Zügen. Aber es darf doch andere Meinungen geben, die nicht Herrn Dr. Sarrazin zustimmen. Dazu gehört auch, dass ein Veranstalter seine Meinung korrigiert und die Lesung seines Buches absagt. Meinungsfreiheit heißt auch, dass es friedliche Proteste gegen diese Lesung – die in Potsdam stattfand – akzeptiert.

Das Problem der Integration ist bekannt und das schon Jahre. DIE LINKE hat sich dazu oft geäußert und hat in dieser Stadt dazu beigetragen, dass die vorhandenen Probleme konkret gelöst werden.

Mit den geführten Debatten um ein „neues Edikt von Potsdam“ wurde auf breiter politischer Grundlage in dieser Stadt auch über die Probleme der Integration ausländischer Bürger gestritten. Dabei ging es nicht um Panikmache und schon gar nicht um die Diskriminierung ganzer Gruppen oder Religionen. Sondern es geht um ein Miteinander, bei dem die Probleme offen ausgesprochen werden müssen. Ein tolerantes Potsdam hat keinen völkischen Nachhilfeunterricht eines Rassisten in Nadelstreifen nötig!

Sascha Krämer

Nachhilfe beim Erinnern

Zunächst möchte ich unserem Ministerpräsidenten, Herrn Mathias Platzeck, meine Hochachtung aussprechen, dass er trotz der rigorosen Schelte, die nicht nur von der Opposition im Brandenburger Landtag, sondern auch bundesweit auf ihn niederprasselte, sein Meinung und die Sicht auf den Anschluss der DDR an die BRD verteidigte.

Hier eine kleine Nachhilfe für diejenigen, die nicht wahr haben wollen, dass eine gnadenlose Deindustrialisierung stattgefunden hat. (Detailliert gibt der Abschlussbericht der Treuhandanstalt Auskunft – kann sicher im Archiv des Landtages nachgelesen werden.) Nach meinem Handarchiv wurden 14 600 volkseigene Betriebe privatisiert. Oft für eine D-Mark verscherbelt. Samt aller kulturellen und sozialen Einrichtungen und – der Menschen. Sie wurden solange übernommen, wie es Fördermittel für sie gab. Doch dann war Sense. Das lebende Inventar zumeist entlassen, die materiellen Dinge oftmals bis auf die äußere Hülle ausgeschlachtet und gen Westen „entsorgt“.

Wen ist nicht noch der Kampf der Kalikumpel in Bischofferode von 1993 gegen den Treuhandeldeal, d.h. die Fusionierung der mitteldeutschen Kali-AG und der BASF-Tochter Kali und Salz in Erinnerung. Die Geschichte des Thomas-Müntzer-Schachtes geht bis in das Jahr 1905 – erster Spatenstich – zurück. Im Verlaufe der Jahrzehnte arbeiteten hier ca. 1900 Menschen. 1993 noch 700 und am Ende 1999 noch siebzig. Sie fördern kein Kali mehr, sie verrichten Wartungsarbeiten. Die Kali-Kumpel erhielten bei ihrem Protest bundesweite Unterstützung. Jedoch: Arbeiter gegen Bundesregierung und Treuhand – das war ein ungleiches Duell.

Rot-, braun- oder blaugebänderte kristallines Salzgestein steht zwischen anderen Dingen bei mir im Regal. Aus Solidarität gekauft in Bischofferode samt einer Panoramapostkarte des Ortes mit dem Schriftband „Bischofferode ist überall!“ Auf der Rückseite der handschriftliche Vermerk: „Beim 1. Aktionstag am 1.8.93 waren wir dabei. Insgesamt kamen etwa 15 000 aus den neuen und alten Bundesländern.“

Auch im Land Brandenburg wehrten sich ganze Belegschaften gegen ihr Abwicklung. So in Premnitz, Wittstock, Teltow, Brandenburg, Frankfurt/Oder, und, und, und... Auch die Tuche herstellenden Betriebe in Forst, Cottbus oder Luckenwalde gingen mit der Treuhand den Bach ´runter. Sie wurden oftmals für 1 DM verscherbelt. Dazu gab es gleich noch Fördermittel. So wurden aus vielen Objekten Millionen-Gräber. Futsch die Investitionssummen, die das Land da hineingepumpt hatte.

Hier einige Fakten aus meiner Heimatstadt Potsdam: Im ersten Jahrzehnt der deutschen Einheit ist vieles, was in Jahrzehnten geschaffen wurde, verschwunden: Betriebe wie das RAW – Deutschlands ältestes Ausbesserungswerk der Reichsbahn, Karl-Marx-Werk, Dentaltechnik oder DEFA. Kinderkrippen und –gärten, Jugendklubs und Seniorentreffs, Kulturhäuser, Gaststätten samt preiswertem Angebot, Polikliniken und kostenlose Medikamente. FDGB- und Betriebsferienheime. Mit dem Anschluss an das größere Deutschland wurde der Theaterrohbau „enttrümmert“ und die Philharmonie geschluckt.



Auch das ist da Ergebnis der Macht des Geldes: Die Potsdamer hatten sich im Oktober 1989 gerade erst über die neue Molkerei und die neue Bäckerei gefreut, die in etwa dort errichtet wurden wo heute Porta Möbel anbietet. Sie trugen VEB (volkseigener Betrieb) im Namen und waren demnach Eigentum der Potsdamer Bevölkerung. Auch diese neuen Werke riss sich die Treuhandanstalt unter den Nagel. Für ein Handgeld ging die Molkerei an Schöller und die Bäckerei an Wittler. Bald standen nur noch die leeren Hüllen da. Lange Zeit war das Gelände eine Brache.

So war für Betriebe und ihre Belegschaften die Wende oftmals eine Abreise ohne Ankunft. Für die Menschen ging nicht nur der Arbeitsplatz, sondern auch die Sinnerfüllung des Lebens verloren.

Im alltäglichen Leben, beim Einkauf oder bei einem Gaststättenbesuch konnte man das systematische Ausschalten der hiesigen Industrie erleben. Namhafte Brauereien hatten Gaststätten mit ihren Verträgen geknebelt, Rex-Bier und andere Sorten durften nicht mehr zum Ausschank gelangen. In den Regalen verdrängte West-Joghurt die einheimischen Produkte, Kartoffelpüree aus Mecklenburg und Tomatenketchup aus Werder wurde vorerst nicht mehr gelistet. Schaut man heute hinter die Werbung „Produkte aus dem Osten“, so stimmt das zwar. Nur, dass die meisten nicht mehr in ostdeutscher Hand sind.

Abschließend sei gesagt, dass ich mich über vieles freue, was in den vergangenen 20 Jahren auch im Land Brandenburg entstanden ist. Aber, vor Realitäten, was sich in den ersten Jahren tat, sollte auch die Opposition nicht die Augen verschließen und sich künftig auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Regierungskoalition entschließen. Den Nutzen hätten nicht nur die weitere Entwicklung des Landes, sondern vor allem die Brandenburger.

Helga Bornstädt

ZITIERT

Freundschaft erlaubt einem nicht automatisch, dem anderen unangenehme Dinge zu sagen. Je näher man einem Menschen ist, desto wichtiger werden Taktgefühl und Höflichkeit.
Oliver Wendell Holmes

Jede Nation ist im Ausland hauptsächlich durch ihre Untugenden bekannt.
Joseph Conrad

Als deutscher Tourist im Ausland steht man vor der Frage, ob man sich anständig benehmen muß oder ob schon deutsche Touristen dagewesen sind.
Kurt Tucholsky

Was man nicht kennt, scheint fremd.
Gunnar Bernhard

Ich bin ein Mensch. Nichts Menschliches ist mir fremd.
Terenz (Publius Terentius Afer)

Jeder edlere Mensch weiß und hat zu seinem Schmerze tausendmal an sich erfahren, wie schwer es ist, gerecht und billig zu sein gegen geliebte Personen, geschweige denn gegen solche, die uns fremd sind, oder gar feindlich gegenüberstehen.
Friedrich Spielhagen

Madame de Stael hat wegen einiger Dichter und Denker des 19. Jahrhunderts auf das ganze Volk geschlossen, Deutschland als das Land der Dichter und Denker zu sehen. Wo sind die denn heute? Also ich lebe im Ausland.
© Erhard Blanck

„Kalte Enteignung“ über enorme Abwasserpreise?

Interessensgemeinschaft Schlänitzsee protestierte/Kleingartenbeirat beriet/VGS-Kreisvorstand schlägt vor/SVV-Abgeordnete und Mitglieder des Kleingartenbeirates nehmen Stellung

Kleingärtner fürchten vor allem solche Bestrebungen, die ihnen ihr erholsames Stück Grün quasi unterm Hintern weg ziehen wollen. Solche Ängste haben z. B. die Kleingärtner und andere Betroffene am Schlänitzsee auf einer Protestdemo Anfang September kundgetan. Der Hintergrund: Die Stadt hatte im Jahre 2007 (Amtsblatt Nr.15 v. 27.12.2007, § 20) die beschlossenen Gebühren für die dezentrale öffentliche Schmutzwasserbeseitigungsanlage für die Jahre 2008 bis 2012 verkündet. Das sollten von 2008, 8,92€, bis 2012 dann 9,43€ je Kubikmeter sein.

Die Stadt Potsdam hat jedoch im März 2010 per Dekret (SVV-Beschluss) eine Erhöhung der von den Nutzern zu zahlenden Gelder verabschiedet – sprich: Um ganze 128 (!) Prozent an Mehrkosten sollen die KleingärtnerInnen der Stadt Potsdam belastet werden. Eine unverhältnismäßig hohe Steigerung, meinen die betroffenene Kleingärtner. Noch dazu, da im Februar den Kleingärtnern zugesagt wurde, dass in Potsdam ein Abrechnungsverfahren wie im Landkreis Potsdam-Mittelmark eingeführt werden sollte. Hier kostet beispielsweise in Teltow der Kubikmeter seit drei Jahren konstant nur 2.99€.

Die KleingärtnerInnen und anderen Betroffenen am Schlänitzsee bekamen von der Stadtverwaltung bis dato keine Antwort, wie sich die enorme Preissteigerung zusammensetzt. Deshalb liegt die Vermutung der Schlänitzseer nahe, dass sie auf diese Weise von ihren Idyllen verdrängt werden sollen. Eine Art der „kalten Enteignung“ nannten das die Protestierenden. Und Friedrich Niehaus, der VGS-Kreisgeschäftsführer, erklärte, dass der Kreisverband gegen diese Maßnahmen im Interesse seiner Mitglieder angehen wird.

Der Kleingartenbeirat der Stadt, dem auch drei Vertreter des VGS angehören, beriet nun zu diesem Thema am 21.September. Am 22. tagte der VGS-Kreisvorstand zu dieser Problematik. Zuerst wurde hier die Forderung laut, dass die Stadt doch endlich das Grubenkataster fertig stellen solle. Damit habe man dann auch eine bessere und genauere Übersicht über anfallendes Abwasser. Und zweitens betonte der Vorstand, dass es doch – wie z. B. auch in Teltow – möglich sei, dass jeder Kleingarten, der eine abflusslose Sammelgrube hat, auch eine zweite Wasseruhr zur genauen Messung des anfallenden Abwassers einbauen könnte. Drittens solle schnell geprüft werden, ob dort – wo es möglich ist – Kleingärten an die städtische Kanalisation angeschlossen werden, bei Wegfall der Anschlussgebühren. Der VGS ist bereit, seinen Anteil an derartigen Maßnahmen zu leisten. Und schließlich wäre es ratsam, wenn die Stadt sich bis zu deren Realisierung an die 2007 beschlossenen Preise halten würde.

„Potsdams andere Seiten“ stellte außerdem den Stadtverordneten und Beiratsmitgliedern Pete Heuer (SPD) und Ralf Jäkel (DIE LINKE) die Fragen der Betroffenen: *Warum hat die Stadt die Beschlüsse von 2007 aufgehoben? Wie setzt sich die neuerliche Preiserhöhung zusammen? Wie ist die enorme Differenz zwischen den Preisen in Potsdam und in Mittelmark zu verstehen? Welche Möglichkeiten gibt es, damit die Preise für die Abwasserentsorgung auch in Zukunft sozial verträglich bleiben?*

Pete Heuer antwortete wie folgt: „Die gestiegenen Abwasserpreise gehen auf eine Initiative der CDU zurück. In der Stadtverordnetenversammlung habe ich als einziger dagegen gesprochen. Während in der Vergangenheit Kleingärten und Wohngrundstücke gleich behandelt wurden, werden seit diesem Jahr die tatsächlichen Kosten getrennt in Ansatz gebracht. Die schlechte Befahrbarkeit (Einsatz von kleineren Spezialfahrzeugen), kleine Gruben und ungenaue Messungen bei der Abfuhr verursachen in den Sparten deutlich höhere Kosten. Da müssen wir ran. Der Oberbürgermeister unterstützt den SPD-Ansatz, dass Kleingartenverband und Verwaltung gemeinsam zeitnah kosten- und gebührensenkende Maßnahmen planen. Dazu gehören z.B. beitragsfreier Anschluss an die zentrale Entwässerung, Wasseruhren, Einbau größerer (dichter!) Gruben mit Stutzen, bessere Koordinierung der Abfuhr. Das ist der Weg, den Mittelmark mit Erfolg gegangen ist. Ökonomie und Ökologie gehören hier zusammen.“

Ralf Jäkel schickte uns folgende Erklärungen: „Ich habe (im März) gegen die Satzung gestimmt. Man hätte einen Mischpreis für alle Gruben in Potsdam bilden können! Aber es war das Ziel einiger neuer Ortsteile, eine Preissenkung für ihre Gruben herauszuholen. Die Mehrheit ist dem gefolgt, was zu Lasten der Kleingärtner geht, deren Entleerung von Kleinstmengen mit langen Schläuchen teuerer ist. Auch wenn eine Kanalisation auf längere Sicht zweckmäßig ist, sehe ich die dafür nötigen Investitionen in den Kleingärten problematisch. Hier muss durch eine vernünftige Planung die soziale Verträglichkeit gesichert werden.“

-bm

Das wahre Gesicht des Krieges

Afghanistan-Ausstellung im Haus der LINKEN

„Gebt das Geld den Menschen und nicht für Militär. Dann braucht ihr kein Militär mehr“. So steht es auf einer Tafel, die zu einer Ausstellung unter dem Titel „Afghanistan. Das wahre Gesicht des Krieges“ gehört. Diese Ausstellung wurde am 29. September im Haus der Partei DIE LINKE in der Potsdamer Alleestraße im Beisein der Bundestagsabgeordneten Christine Buchholz eröffnet. Sie bereiste vom 29. Januar bis 3. Februar 2010 mit ihrem Fraktionskollegen Jan van Aken das afghanische Kundus, um Opfer des deutschen Anschlages auf zwei Tanklaster zu besuchen und sich ein umfassendes Bild über ihre Situation zu machen. Ein Besucher der Eröffnung brachte die Meinung vieler zum Ausdruck, als er sagte: „Die Ausstellung zeigt, dass wir dort mit unserem Kriegsgerät nichts verloren haben.“.

Die Ausstellung ist in den Räumen noch bis Ende Oktober zu den Bürozeiten 8 – 16.30 Uhr zu sehen und ohne Anmeldung zu besichtigen.



Bundestagsabgeordnete Christine Buchholz (DIE LINKE) bei der Eröffnung der Ausstellung „Afghanistan. Das wahre Gesicht des Krieges“ im Haus der Partei DIE LINKE in der Potsdamer Alleestraße 3 ***Foto: R. Frank***

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Sonnabend, 09.10.2010, 14.00Uhr:
Stunde der Musik: „Klassische Irische Folklore im Konzert – Melodien zum Zuhören und Träumen“. Livekonzert der besonderen Art mit der kleinen Band „Turlough“. Im Programm von „Turlough“ befinden sich neben alten überlieferten Tanzstücken (Reels, Polkas, Jig's) auch einige Stücke des berühmten irischen Komponisten Turlough O'Carolan (1670 - 1738). *Dahlweid

Montag, 11.10.2010, 14.30Uhr:
„Wunderwerk Mensch“ - Teil 1: „Der Weg ins Leben“. Eine interessante Reise mit Karl Kreutz. Neueste Erkenntnisse in der Medizin ermöglichen es, dem Wunder der kindlichen Entwicklung weiter auf die Spur zu kommen. *Dahlweid

Montag, 11.10.2010, 18.00Uhr:
„Über Leben im Umbruch“. Fazit einer sozialwissenschaftlichen Langzeitstudie über den sozialen Transformationsprozess in den industrialisierten Regionen Ostdeutschlands. **RLS

Dienstag, 12.10.2010, 14.30Uhr:
„Potsdamer Geschichten, Teil V – ein Wiedersehen mit Eva Dobrzinski-Petersein“. Musikalisch-literarischer Nachmittag mit „Potsdamer Geschichten“ (Teil V). Die „Konserven mit Musik“ öffnet Oskar Petersein. *Dahlweid

Mittwoch, 13.10.2010, 13.30Uhr:
„18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. *Dahlweid

Mittwoch, 20.10.2010, 18.00Uhr:
Frauenklub „Kollontaj“. Eröffnungsveranstaltung und Vorstellung des Klubs. **RLS

Donnerstag, 21.10.2010, 18.00Uhr:
Leitlinien eines neuen Arbeitsgesetzbuches. Öffentliche Tagung der AG Arbeitsgesetzbuch. **RLS

Montag, 25.10.2010, 13.30Uhr:
„Hierzulande“ – ein Filmnachmittag mit der bekannten Dokumentarfilmerin Gitta Nickel. Mit ihrer genauen und detaillierten Handschrift, mit ihren anrührenden Porträts und beeindruckenden Dokumentationen schrieb Gitta Nickel in über 90 Filmen für Film und Fernsehen Zeitgeschichte. Gitta Nickel bringt 5 Filme mit aus der Reihe „Hierzulande“, gesendet beim MDR. *Dahlweid

Dienstag, 26. Oktober 2010, 14.30Uhr:
Der lachende Philosoph - Teil 3: „Pflanzliches und Tierisches“. Eine heitere und nachdenkliche Vortrags- und Gesprächsreihe mit dem Stadtverordneten der LINKEN, Dr. Herbert Schlomm. *Dahlweid

Dienstag, 26.10.2010, 18.00Uhr:
„Hoch über Sumpf und Sand“. 20 Jahre Neu-Brandenburg – eine Buchvorstellung. **RLS

Mittwoch, 27.10.2010, 13.30Uhr:
„18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. *Dahlweid

Donnerstag, 28.10.2010, 17.00Uhr:
Gründungsversammlung des Ortsverbandes „Südliche Vorstädte“ der Partei DIE LINKE. Ort: Aula des Humboldtgymnasiums, Heinrich-Mann-Allee.

Donnerstag, 28.10.2010, 20.00Uhr:
„Zwischen allen Stühlen“ – Das Jahr 1949 im Spiegel der Tagebücher Victor Klemperers. Multimediale Lesung im Filmmuseum. **RLS

Dienstag, 02.10.2010, 14.30Uhr:
Musikalisch-literarische Stunde: „Heitere Klassik – Tierisches Vergnügen“. Musikalisch-literarischer Nachmittag mit „Heiterer Klassik, gewürzt mit interessanten Anekdoten“ - ein Programm des Konzertpianisten Hartmut Valenske und der langjährigen Sängerin und Moderatorin des Landespolizeiorchesters, Eva Dobrzinski-Petersein. *Dahlweid

Dienstag, 02.11.2010, 18.00Uhr:
„Deutsche Außenpolitik im Nahen Osten“. 14.Potsdamer Kolloquium zur Außen- und Deutschlandpolitik am 2.November von 18.00 – 21.00Uhr und am 3.November von 10.00-16.00Uhr. Ort: Haus der Branburgisch-Preußischen Geschichte, Neuer Markt. **RLS

**Dahlweid – Seniorentreff der dahlweid-Stiftung, Edissonallee 11, Zentrum-Ost*
***RLS – Rosa-Luxemburg-Stiftung Geschäftsstelle Dortustraße 55, Potsdam.*